

verhorenlyk.

Sitzung des IVK in Brüssel am 12.3.77:

Anwesend waren: IVK Belgien mit Cécile Draps, Liège, J.J. ^{cau}Bothier und weitere RAe aus Brüssel; Comité Belge de Soutien (gibt es jetzt nur noch in Brüssel, nachdem die Leute in Liège aufgehört haben) mit ca. 10 Mitgliedern; IVK-NL mit Bakker Schut und Dolf Hartkamp; das Medisch-Juridisch Comité mit zwei Mitgliedern; IVK-F vertreten durch das Comité RFA mit drei Mitgliedern; IVK-BRD mit A.Müller, R.Friedrich und B. Seiferling.

Die Sektion GR hat durch Kanelakis abgesagt, u.a. wegen Geldmangel. Die Dänen haben den Eilbrief aus Stgt. mit der Einladung erst nach 7 Tagen bekommen, zu spät für sie, um sich vorzubereiten.

Das IVK-I hat die Einladung nicht erhalten wegen des derzeitigen Poststreiks. Telefonate von Liège und Stgt. sind zu spät geführt worden.

Die Sektion CH war nicht vertreten, weil RA Rambert zur Zeit Urlaub macht.

Als Gäste waren anwesend:

Myles Shevlin, Solicitor aus Dublin; Antonio Bellavita, früher bei controinformazione, jetzt Mitarbeiter im Antifasch. Forschungsinstitut in Paris; ein Mitglied des Irischen Komitees Paris; ein Mitglied des ETA-Solidaritäts-Komitees Brüssel; ein Mitarbeiter von APL.

Tagesordnungspunkte waren

1. Kampf gegen die Europ. Anti-Terrorismus-Konvention (Tätigkeitsberichte der Sektionen)
2. Konkrete Unterstützungsaktionen für politische Gefangene:
 - für Detlef Schulz, dessen Revision jetzt als unzulässig verworfen wurde. Es gibt als letzte Instanz nur noch den Conseil d'Etat (Verfassungsgericht).
 - für den HS im Gefängnis Portlaoise bei Dublin von 114 polit. Gefangenen
3. Einrichtung eines Generalsekretariats für das IVK
4. Aufruf des IVK an die Russel-Foundation

TOP 1: Berichte der einzelnen Sektionen

NL: Mobilisierung/Information von politischen Gruppen einschließlich der im Parlament vertretenen Parteien - auch PvdA - die Holländer schätzen es zuversichtlich ein, daß Parlament gegen die Ratifizierung zu beeinflussen.

Darstellung der Arbeit des M.J.C. im niederl. TV

Veröffentlichungen im Bulletin des M.J.C., in Zeitungen und Fachblättern

B : Broschüre über die Europ. Anti-Terrorismus-Konvention, von der es jetzt auch eine deutsche und niederl. Übersetzung gibt.

Radiosendung mit anderen politischen Gruppen, wo das Comité seine Arbeit berichtet hat
über

BRD: Information; Beiträge auf Veranstaltungen

Wir haben hinzugefügt, daß wir die Information über die Konvention verbinden mit der Forderung nach der Behandlung der Gefangenen gemäß der Genfer Konvention

Draps fragte dann, ob in der BRD Demos zum Parlament und ähnliches möglich sei. Haben wir verneint: die Linke habe keinen Begriff von diesem BRD-Projekt, sie sei durchweg national, wenn nicht chauvinistisch orientiert. Die bürgerlichen Parteien hätten keine Widersprüche, geringe Ansätze blieben verbal ohne praktische Konsequenz.

F : Das Comité legte eine Analyse vor - s.Anlage. Sie wurde kurz und kontrovers diskutiert. Mehrere meinten, sie sei richtig, aber letztlich zu schlagwortartig - der Widerspruch wurde in der Diskussion nicht aufgelöst. Einer meinte, es ginge nicht nur darum, Gef. zu verteidigen, sondern auch den in Freiheit lebenden Militanten zu helfen. Das wurde nicht aufgegriffen.

GR : Draps las einen Brief von Kanelakis vor. Text war franz., er wird noch rumgeschickt.

I : von der Sektion I war nur bekannt, daß sie einen Brief mit Vorschlägen abgeschickt haben, der aber noch nicht da war

mi

TOP 2: Konkrete Unterstützungsaktionen:

1. Für D.S. findet am 16.3. in F ein nationaler Solidaritätstag statt, organisiert vom D.S.-Komitee Strasbourg.

Das IVK-B und das Comité belge schlagen außerdem eine inter-europäische Demo zum Euro-Parlament vor und dazu - oder alternativ - Demos zu den BRD- und F-Botschaften in den EG-Ländern an einem gemeinsam bestimmten Tag.

2. Bericht von Myles Shevlin über den HS jetzt in Portlaoise:

Er sagte zunächst, es ginge ihm nicht um das Problem, ob die IRA und die Gefangenen aus der IRA die Avantgarde seien. Tatsache sei, daß es mehrere hundert irische politische Gef. gebe mit Sonderbehandlung: 150 in Eire, 50 in GB und 500 in N.Eire.

Jedes Territorium habe seine eigenen Probleme, besonders in GB sei die Situation sehr ernst. Folter sei üblich, am meisten in der Form von Schlägen. In verschiedenen HS habe es bereits zwei Tote gegeben: Frank Stagg und ... Er - Shevlin - sehe nur im internationalen Druck noch eine Möglichkeit, diesen Zustand zu ändern.

Er ging dann auf den HS in Portlaoise ein. Das sei ein Gef. nur für politische Gef. Der Streik wird getragen von 114, von denen 10 bereits erklärt haben, sie würden nicht aufhören, bevor nicht die Forderung nach dem politischen Status und der entsprechenden Behandlung erfüllt würden. Da es Tote geben wird - "the IRA will not surrender" - wenn die Forderung nicht erfüllt wird, forderte Shevlin uns auf, für diese Forderungen einzutreten.

Auf Fragen sagte er dann:

Eire erkenne keinen politischen Status für die Gef. aus der

IRA an. Der Supreme Court hat allerdings bisher die Auslieferung von Nord-Iren durch die Republik an GB verboten. Ausschlüsse von RAen gebe es auch. Er selbst sei von der Verteidigung eines IRA-Mitglieds ausgeschlossen worden. Seine Beschwerde dann habe beim Sup. Court Erfolg gehabt, doch sei gerade als er die Entscheidung erhielt, das Anti-Terror-Gesetz der Republik verabschiedet worden, das den Ausschluß in bestimmten Fällen zulasse.

Das IVK-BRD hat dann den Vorschlag gemacht, eine Unterstützungsadresse zu verfassen mit der Forderung nach einer Behandlung die die politische Identität der Gef. sichert. Es gab darüber ne ausgedehntere Diskussion nicht nur am Begriff "Status", sondern auch allgemeine Einwände kamen "keine genauen Informationen usw." . Haben wir die Erfahrungen aus dem 3.HS eingebracht und die Sache ging schließlich ~~stimmig~~ durch. R.F., Shevlin und einer vom Com. belge haben die Resolution dann ausgearbeitet, die dann einstimmig angenommen wurde.

TOP 3 : Einrichtung eines Generalsekretariats.

Die Diskussion über diesen Punkt nahm die meiste Zeit des Treffens in Anspruch. Es war eine sehr offene und hartnäckige Diskussion.

Die Sektion B begründet die Einrichtung mit a) gegen die internationale Repression müsse die Verteidigung auch international organisiert werden, b) die gegenseitige Information ahbe bisher schlecht funktioniert. Es müsse zu einem korrekten Umlauf der Informationen kommen. c) was den Inhalt der politischen Arbeit betrifft, so sei die korrekte Linie - Verteidigung der Gefangenen - gerade durch die Einheitlichkeit der belg. Sektion in dieser Frage garantiert.

Wir haben eingewandt, daß es einen reinen Verteilungsapparat nicht geben könne, weil immer die Politik Grundlage sei. Und die Politik müsse immer wieder an konkreten Aufgaben bestimmt werden. Es gebe nun mal die beiden Linien - Verteidigung der Gefangenen und Verteidigung der Verteidiger - und ein GS. könne nicht Garant sein, weil es natürlich bestimmt würde durch die Auseinandersetzung um die richtige Politik. Aufgrund der letzten praktischen Erfahrungen wie bei der Abfassung der PE zu den Morden in Madrid würden wir sagen, daß es auch ohne GS. ginge.

Die Franzosen schlossen sich dem an.

NL unterstützte den belgischen Vorschlag: sie brauchten einfach ein GS. Bisher seien sie abhängig gewesen vom Belieben der Sektionen, sie zu informieren. Außerdem könne ein GS. bisher nur national konzipierte Aktivitäten intereuropäisch koordinieren. Die Differenzen zwischen den beiden Linien seien jetzt nicht da. Sie - die Holländer - würden sich auch immer gegen eine Politik wie Verteidigung der Verteidiger aussprechen.

Die ruhige und bestimmte Art von Draps, in der sie die Diskussion leitete und die Hartnäckigkeit, mit der die Belgier auf der Sache beharrten, hat uns dann dazu gebracht, mal nachzudenken, was sie denn wirklich meinten, denn Postversand allein warnzu schwaches Argument. Wir meinten dann auch, daß die Belgier einen richtigen Punkt erkannt abben: daß

die Sektionen bisher eben national konzipiert haben und dann erst mit anderen Sektionen kooperiert haben. Das GS. wäre dann so etwas wie die Verallgemeinerung der nationalen Arbeit der Sektionen auf intereuropäischer/internationaler Ebene. Die Kritik an der Informationspolitik ist tatsächlich willkürlich gehandhabt worden, je nachdem wie stark die Kontakte zwischen einzelnen Sektionen waren und die jeweiligen ~~gemeinsamen~~ gemeinsamen Interessen. Und drittens ist das GS. ja abhängig von der Mitarbeit der Sektionen. Greifen sie nichts auf, was vom GS. kommt oder kommt von ihnen nichts, so ist das GS. auch nicht arbeitsfähig. Das ist dann auch die Kontrolle der Sektionen.

Es wurde dann einstimmig beschlossen, das GS. einzurichten. Die Belgier werden das machen.

TOP 4 : Aufruf des IVK an die Russel-Foundation

Mit dem Russel-Tribunal hatten sich nur wenige aus der Runde beschäftigt. Wir haben einen kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte der Initiative ~~gegenüber~~ seit dem Pfingst-Treffen des SB, die bisherigen politischen Inhalte und die Kritik des IVK-BRD daran gegeben. Wie wir das ändern wollen, aber bei dem Kräfteverhältnis im Inland kaum Aussicht besteht, etwas zu erreichen. Daher also unser Vorschlag, daß das IVK interveniert.

NL ergänzte das: es gebe in den NL bereits zwei Russel-Initiativen, die zur Zeit noch kein Ziel haben, aber sicher die Stoßrichtung "Berufsverbote" nehmen würden, wenn sich die PvdA da draufsetzen würde. Sektion und M.J.C. seien informell Mitglieder dieser Initiativen und wollen jetzt verstärkt einfluß nehmen.

NL sah in dem Russel-Trib. eine Konkurrenz zu dem U.M.-Tribunal. Bakker meinte, die IUK könne doch ein Teil des Tribunals werden. Obwohl zwei ehem. Mitglieder des Russel-Trib. inzwischen in der IUK seien, sei überhaupt nichts geschehen. Er habe mit einem holl. Mitglied der IUK gesprochen, daß die IUK ihre Sache ~~xxx~~ in das Trib. einbringt, das Mitglied habe den Gedanken gut gefunden.

Wir haben dann gesagt, daß der Mord eher Beweisthema für die Anklage wegen Vernichtung ist, aber die IUK auf jeden Fall die Russel-Foundation auffordern muß, die Anklage in dieser Richtung zu strukturieren.

Die Sektion B will sich jetzt mit Russel beschäftigen. Sie wollen sofort Individuen und Gruppen ansprechen, daß ~~ne~~ eine oder sogar mehrere Initiativen für das Russel-Trib. geründet werden. Sie wollen sofort Material dazu von uns haben, einschließlich des Textes des IVK-Aufrufs.

Alle anwesenden Gruppen wollen zusammen mit den befreundeten Initiativen dann am 26./27.3. nach Ffm. kommen.

Zum Schluß wurde noch kurz über die Euro-Wahl gesprochen, wollen sich alle mit auseinandersetzen.

Ende der Sitzung 22.30 Uhr. (Beginn 15.30 Uhr).

ergänzung zu den brüssel-berichten 12.3.

was maurice gesagt hat - unterstützung der militanten in freiheit- hat er in einer andeutung als kritik an uns/sektion brd und dem französischen komitee gemünzt: so etwa, daß durch unsere politik eine spaltung der solidarität stattgefunden hätte, in eine ideologische, die er anscheinend uns zuschiebt und eine konkrete, die er mehr in den vordergrund stellen möchte. mehr als das kam nicht und das war mitten in seinen argumenten für ein gs, wo wir auch einhaken aber eben nicht an der stelle. das ist mir nachher aufgestoßen, daß notwendig gewesen wäre, nachzubo- hren, welche konkrete kritik er nun hat. das heißt, wir sollten das auf dem nächsten treffen rausfinden, es klang auch so, daß nicht er nur für sich spricht.

der zweite kritikpunkt an uns: zur diskussion über die konvention hatten wir uns vorbereitet mit einem versuch, das politisch zu analysieren. zur sprache kamen konkrete aktionen/berichte darüber, und das ist klar gut, - nur, dem muß ja auch eine politische einschätzung zugrundeliegen. die wurde nur von mohr durch seine analyse eingebracht. scheiße von uns, daß wir ihn nicht mehr unterstützt haben. (mir fiels auch deshalb schwer, weil seine analyse schon fundierter u. formulierter war als unsere) diese analyse setzt an im verhältnis BRD - USA, so ne art synthese aus vigier und interview. sie wurde kritisiert als zu platt, schlagwortartig und damit abgetan. so könne man das niemandem ver- mitteln, wurde gesagt. ich denk, auch nach einer ausarbeitung, die noch gemacht wird, bleibt die diskussion an dem punkt kotrovers, mindestens an dem. brd - usa

aufgefallen ist mir in der diskussion um das gs auch noch der vorschlag, daß dafür eine plattform, die utrechter erklärung, als grundlage angenommen wird. entweder sollte das den mindest- konsens festhalten oder es ist eine abgrenzung zu später entwickelten sachen. ich seh auch nicht, wozu sonst eine plattform für ein gs notwendig ist, das koordinierende und organisatorische funktionen haben soll.

für die sektion frankreich arbeitet nur noch das soutien. das ist ein zustand, der geändert werden muß. die arbeit des soutien ist klar ganz wichtig und notwendig, kann aber nicht die- selbe wie ivk-arbeit sein. wir sollten uns auch überlegen, wie es zu einer neuen ivk-sektion frankreich mit anwälten kommen kann. neue anwälte ansprechen, wen, wie rauskriegen, wer ansprechbar ist??

mit felice sind eben anscheinend auch die anderen weg vom fenster, die sich an ihm orientiert haben. wenns möglich ist, vielleicht durch gespräche mit sigrist, oder auch andere geeignete leute, diese diffamierungsebene, hinter der sich felice ja verschanzt, aufzulösen, kann man diese anwälte ja noch mal einzeln ansprechen? bakker hat mir gesagt, daß er es für dringend hält, in paris anwälte fürs ivk zu finden. also mit ihm auch darüber reden, was ihm einge- fallen ist.